Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 237. Sonntag den 24. August 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Auf den letzten hiesigen Wochenmärkten sind unter der Bezeichnung „deutsche Trüffeln" Pilze feilgehalten und verkauft worden, welche, wie die Untersuchung ergeben hat, zu den giftigen oder mindestens schädlichen Pilzen gehören.

Wir finden uns hierdurch veranlaßt, auf das Reichsgesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 hinzuweisen, dessen §. 12, Absatz 1 am Schlusse denjenigen mit Gefängniß, neben welchem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, bedroht, welcher wissentlich Gegenstände, deren Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, als Nahrungs- oder Genußmittel verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt, und dessen §. 14 auch schon fahrlässige Begehung dieser Handlung mit Geld- und Freiheitsstrafen bedroht und bemerken hierzu, daß wir demgemäß das Feilbieten und Verkaufen ꝛc. der obenbezeichneten schädlichen Pilze unnachsichtlich verfolgen werden.

Leipzig, am 23. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Wegen Legung von Gasröhren am **Bayerischen Platze** werden von **Dienstag, den 26. lfd. Mon.** ab, dem Fortgange der Arbeiten entsprechend, **die Ausgänge der Bayerischen, Albert-, Windmühlen- und Nürnberger Straße zum Bayerischen Platze für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 22. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Erledigt

hat sich unsere den Schulmacher Friedrich Eduard **Klingner** aus Oetzsch betreffende Bekanntmachung vom 2. dieses Monats durch Aufgreifung des Genannten.

Leipzig, am 18. August 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
J. V.:
Jung. Pol.-Rath. Rdr. Faldix.

Bekanntmachung.

Am 2. September d. J., dem deutschen Nationalfesttage, bleibt die Börse geschlossen.

Die auf Dienstag, den 2. September, fallende Productenbörse wird auf Montag, den 1. September, verlegt.

Leipzig, den 23. August 1884.

Der Börsenvorstand
I. und II. Section.

Königliche Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule zu Leipzig.

Frequenz im letzten Jahre 323 Schüler.

Die Studien im Wintersemester 1884/85 beginnen

Donnerstag, den 2. October a. cr.,

die **Tagesecurse** früh 8 **Uhr**, die **Abendcurse** um 5 **Uhr.**

Der Lehrplan umfaßt alle Unterrichtsgebiete der bildenden Künste und des Kunstgewerbes und berücksichtigt speciell die Ausbildung in den graphischen Künsten.

Anmeldungen zur Aufnahme sind in der Zeit **vom 8. bis mit 20. September d. J.** in der Expedition der Kunstakademie, westlicher Flügel der Pleißenburg, 2. Etage, Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr zu bewirken.

Leipzig, den 18. August 1884.

Der Director.
Dr. Ludw. Nieper.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Steinkohlen bester Sorte bei der Kaiserlichen Ober-Postdirection und bei den hiesigen Stadtpostanstalten für die Zeit vom 1. October 1884 bis Ende September 1885, welcher auf etwa 504,500 kg sich belaufen wird, soll im Wege des Submissionsverfahrens vergeben werden.

Eine Zusammenstellung der Lieferungs-Bedingungen kann bei der Kanzlei der Kaiserlichen Ober-Postdirection, sowie bei den Postämtern in Chemnitz und Zwickau i. S. eingesehen, auch gegen Erstattung der Abschreibegebühren von der gedachten Kanzlei bezogen werden. Geeignete Unternehmer wollen ihre Angebote bis zum 15. September dieses Jahres schriftlich bei der Ober-Postdirection in Leipzig anmelden.

Die Auswahl unter den Bewerbern wird ohne entscheidende Rücksicht auf die Mindestforderung vorbehalten.

Leipzig, den 20. August 1884.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Versteigerung.

Im Hofraume bez. im Auctionslocale des hiesigen Amtsgerichts sollen

Dienstag, den 26. dss. Mts, 3 Uhr Nachmittags,

eine silberne Taschenuhr, zwei Winterüberröcke, zwei Landauer, fünf Lastwagen, drei Pferde, zwei complette Geschirre und ein Futterkasten versteigert werden.

Leipzig, am 23. August 1884.

Bielß, Gerichtsvollzieher.

Jagdverpachtung.

Montag, den 8. September d. a. Nachmittags 2 Uhr, soll auf Beschluß der hiesigen Jagdgenossenschaft im Gasthofe zu Großmilitz die Jagdnutzung des hiesigen Flurbezirks, ca. 467 Acker enthaltend, auf 6 hintereinander folgende Jahre, und zwar vom 1. September 1884 bis mit 31. August 1890, öffentlich meistbietend, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietenden auf Grund der im Termine bekannt zu machenden Bedingungen verpachtet werden.

Großmilitz, den 24. August 1884. G. Kubisch, Jagdvorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Der französisch-chinesische Krieg.

Die Würfel sind gefallen, am 21. August hat China das französische Ultimatum zurückgewiesen und seinen Gesandten Li-Fong-Pao aus Paris abberufen. Gleichzeitig hat der französische Botschaftssecretair Semallen, zur Zeit der einzige Vertreter Frankreichs in der chinesischen Hauptstadt, Peking verlassen; China befindet sich also jetzt erklärtermaßen mit Frankreich im Kriege. Auf dieses Ziel bereitete schon das Treffen zwischen Bacle und Langson vor, dort haben sich die chinesischen Truppen zum ersten Male mit den französischen im offenen Felde gemessen, und der Erfolg scheint die Chinesen befriedigt zu haben. Sie haben bei dieser Gelegenheit gesehen, daß eine bedeutende Uebermacht der Ihrigen den Franzosen gefährlich werden kann, und das genügt ihnen vorläufig.

Die Chinesen haben ihrer Natur und Gewohnheit gemäß gegen die Franzosen nicht mit offenem Visir gekämpft, sondern durch Zögern und Verrath, durch Hinterlist und Wortbruch die Dinge allmälig zum Bruche getrieben. Das gereicht ihnen zur Unehre und macht sie eigentlich unfähig, fernerhin mit europäischen Mächten diplomatische Beziehungen zu unterhalten, aber ihre Handlungsweise erscheint in einem milderen Lichte, wenn man erwägt, daß sie sich den Franzosen gegenüber im Stande der Nothwehr befanden, daß sie von diesen gezwungen worden sind, wohlerworbene Rechte blos aus dem Grunde aufzugeben, weil die Franzosen die Macht auf ihrer Seite haben. Es scheint den Chinesen niemals Ernst gewesen zu sein mit der Abtretung des Protectorats über Anam an Frankreich, der Friede von Tientsin galt ihnen nur als das Mittel, um die Franzosen über Chinas wahre Absichten zu täuschen und sie in den Hinterhalt von Bacle zu locken, damit dort Rache geübt werden konnte für die Wegnahme von Bacninh und Sontay. Eine solche Handlungsweise läßt sich wie gesagt nach europäischen Anschauungen nicht rechtfertigen und noch weniger mit den Satzungen des Völkerrechts in Einklang bringen, aber verstehen kann man sie, und deshalb werden die unbetheiligten Mächte auch ihre Beziehungen zu China nicht ohne Weiteres abbrechen, sie werden sich vorläufig darauf beschränken, das Ende des Conflictes abzuwarten und zu sehen, wie sich China ferner verhalten wird. Gerade durch die Aufrechthaltung des diplomatischen Verkehrs zwischen China und dem neutralen Europa wird eine Gefahr abgewendet, welche bei dem aufs Neue wachgerufenen Haß der Chinesen gegen alle Fremden dringend genug erscheint. Es hat nicht an Symptomen dafür gefehlt, daß die Chinesen die französischen Gewaltthaten in Tonkin mit einem allgemeinen Blutbade unter den Europäern aller Nationalitäten beantworten wollten, aber die Chinesen mußten bei ihrer weltbekannten Schlauheit einsehen, daß sie dadurch ihre Lage nur verschlimmern und eine europäische Coalition gegen sich hervorrufen mußten, welche eine schwere Demüthigung und einen großen Machtverlust zur unausbleiblichen Folge haben mußte. China will sich aber das Schutzes oder wenigstens der moralischen Unterstützung des neutralen Europa gegen übermäßige Forderungen Frankreichs bedienen, und deshalb wird es sich wohl hüten, die nichtfranzösischen Europäer zu reizen und zu beleidigen.

Für Frankreich ist ein Krieg mit China sehr unerwünscht. Als die Deputirtenkammer in jener stürmischen Junisitzung des vorigen Jahres die Mittel bewilligte, um den Tod des Capitäns Rivière durch eine exemplarische Züchtigung der Annamiten zu rächen, dachte man in Paris wohl schwerlich daran, daß ein Jahr später sich daraus ein Krieg zwischen Frankreich und China entwickeln würde. Mit verhältnißmäßig geringem Kraftaufwande ein blühendes Land in Ostasien zu erobern und an der Südgrenze Chinas die Fahne der Republik zu entfalten, das war ein lockendes Bild, für welches das französische Parlament mit Vergnügen eine Anzahl Millionen opferte, um so mehr, als das neu erworbene Gebiet die Aussicht auf reichen Gewinn eröffnete, aber auf unabsehbare Zeit in einen Krieg mit dem weitausgedehnten chinesischen Reich verwickelt zu werden und dadurch genöthigt zu sein, große Truppenmassen über den stillen Ocean zu senden, das war nicht die Absicht. Darum gab sich auch auf verschiedenen Seiten der Kammer großer Unwille kund, als des Bombardements von Keelung in der Sitzung vom 13. August Erwähnung geschah; die Opposition befürchtete mit Recht, daß sich daraus der Krieg mit China entwickeln werde. Die Feinde der Regierung dachten freilich in jenem Augenblicke nicht, daß sie durch die Kundgebung ihrer Empfindungen in öffentlicher Kammersitzung und in Gegenwart des Vertreters Chinas gerade die Wirkung herbeiführen halfen, welche sie vermieden zu sehen wünschten. Die nachfolgenden Abstimmungen vom 15. und 16. August haben die Entscheidung zu Gunsten des Krieges gelenkt und Ferry befindet sich jetzt in der unangenehmen Lage, den Krieg gegen den Willen von 152 Mitgliedern der französischen Volksvertretung zu führen. Angesichts der vollendeten Thatsache der chinesischen Kriegserklärung würde freilich die Abstimmung der französischen Kammer anders ausfallen, die Opposition würde entweder verstummen oder ihre Stimmen mit der Majorität vereinigen, um China die volle Einmüthigkeit Frankreichs bei dem bevorstehenden Kampfe zum Bewußtsein zu bringen.

Unbegreiflicherweise scheint Ferry auf den Vortheil einer solchen Kundgebung Verzicht leisten zu wollen. Statt die Kammern unverzüglich wieder einzuberufen, damit sie Gelegenheit erhalten, sich über ihre Stellung zu der veränderten Sachlage auszusprechen, ist die Regierung bestrebt, sich nach dem unzureichenden Votum der Kammer vom 16. August, welches das Vertrauen ausdrückt, daß die Regierung den Vertrag von Tientsin mit Festigkeit durchführen werde, einzurichten und den Kampf in der bisherigen vorsichtigen Form fortzusetzen. Der „Temps", das Organ Ferry's, erklärt ausdrücklich, daß sich Frankreich und China trotzdem, was geschehen, nicht im Kriege befänden, und daß daher die aus der gegenwärtigen Lage sich ergebenden Folgen nicht über die Vollmacht hinausgehen, welche die Kammer der Regierung gewährt hat. Hier befindet sich der „Temps" sammt seinen Auftraggebern offenbar im Irrthum, denn das Votum der Kammer vom 16. August hatte zur Voraussetzung, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und China zum Frieden führen würden. Die Kammer hat 38 Millionen bewilligt für die Expedition nach Tonkin, aber sie hat keinen Credit für einen großen Krieg gegen China gewährt. Diese Sachlage wird sicherlich von der Oppositionspresse zum Nachtheil der Regierung verwerthet werden, und diese würde nur im eigenen Interesse handeln, wenn sie ihre fehlerhafte Politik schleunigst änderte und die Kammern einberiefe, damit sie ihre Zustimmung zur energischen Kriegführung gegen China ertheilten und die dazu erforderlichen Mittel bewilligten. Es kann auch gar nicht fehlen, daß Ferry sich früher oder später zu solchem Entschluß ermannt, denn jeder Tag des Aufschubes kann die Chinesen nur in der Meinung bestärken, daß die französische Regierung bei dem bevorstehenden Kampfe nicht das französische Volk hinter sich hat.

Es ist eine durchaus künstliche Betrachtung der Sachlage, wenn der „Temps" sich damit tröstet, daß eine gegentheilige Strömung Li-Hung-Chang ebenso schnell wieder ans Ruder bringen werde, wie ihn die heute zur Oberhand gelangte davon entfernt habe. China hat an dem Vorgehen des Admirals Courbet vor Keelung ermessen können, was ihm bevorsteht, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden und der Kriegszustand in Kraft tritt. Es ist der chinesischen Regierung nicht verheimlicht worden, daß Admiral Courbet das Arsenal von Foutschou und andere ihm geeignet erscheinende Puncte besetzen wird. Der Tsung-Li-Yamen weiß aber andererseits, daß die Interessen der übrigen mit China in Handelsverbindung stehenden Mächte Frankreich die Zerstörung und Blokade chinesischer Häfen verbieten, und darauf pocht eben die Hartnäckigkeit der Kriegspartei. „Zum Ueberfluß hat der „Temps" bereits erklärt, daß die Zerstörung und Blokade offener chinesischer Häfen von Frankreich nicht beabsichtigt sei, man werde solche Puncte wählen für die Piandnahme, deren Besetzung dem Handel keine Hemmnisse bereite. Nanking und Hankong sind also beispielsweise von vornherein gegen Blokade und Bombardement gesichert. Dagegen hat China freie Hand, seine Truppen nach Tonkin zu senden und die Franzosen aus Hue und Hanoi zu vertreiben, wenn es dazu die erforderliche Macht und Geschicklichkeit besitzt. Der Krieg zwischen Frankreich und China ist keine Lappalie, die sich kurzer Hand erledigen läßt, Frankreich wird dazu Zeit und Geld gebrauchen und schließlich wird der Erfolg doch nicht den aufgewendeten Mitteln entsprechen. Das ist der Ernst der Sachlage, welchen sich die französische Regierung nicht verhehlen kann.

Leipzig, 24. August 1884.

* Ein Correspondent, welcher im „Reichsboten" vaticanische Inspirationen ablagert, verräth, daß man in Rom sich durch das Gerücht beunruhigt fühlt, „Preußen beabsichtige der Revision der Maigesetze im Sinne der Note vom 5. Mai 1883 näher zu treten und diese Frage selbstständig und unter principieller Umgehung des heiligen Stuhls zu regeln". Das würde, kurz gefaßt, heißen: Einseitige Regelung der kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen unter Uebergang vom maigesetzlichen Präventivsystem zu einem Repressivsystem. Ob nun eine solche Absicht besteht oder nicht, es ist jedenfalls interessant, daß die Curie derartige Befürchtungen in Consequenz der gegenwärtigen Situation hegt. Den hier angedeuteten Weg bezeichnete Herr v. Goßler in der denkwürdigen Herrenhaussitzung vom vorigen Jahre, in welchem das kirchenpolitische Gesetz zur Annahme gelangte, gewissermaßen als das letzte Auskunftsmittel, wenn auch auf dem neuen gesetzlichen Boden die Herbeiführung eines friedlichen Zustandes in Folge des Widerstandes der Curie nicht möglich sein sollte. Er lehnte es ab, sein Programm für diesen Fall eingehend darzulegen, fügte aber die vielsagende Bemerkung hinzu: „Wenn die Anzeigepflicht über Bord fliegt, dann fliegt auch Manches mit, was ich gern conserviren möchte." Es ist begreiflich, daß in Rom der Wunsch nicht allzu lebhaft ist, dieses Programm des Cultusministers in der Ausführung kennen zu lernen. Ob die preußische Regierung sich durch neue Winkelzüge wieder wird hinhalten lassen, muß man abwarten.

* Der „Politischen Correspondenz" wird aus Berlin und zwar anscheinend aus diplomatischer Quelle geschrieben:

In der Presse beginnen allgemach schon „Enthüllungen" über die Gegenstände aufzutauchen, welche in Barzin die Aufmerksamkeit der leitenden Staatsmänner der beiden verbündeten Kaiserreiche beschäftigt hätten und über die Beschlüsse, die bei dieser Gelegenheit gefaßt worden seien. Man sollte freilich glauben, daß der niedrigste Grad kritischer Vorsicht ausreichen müßte, um allen irgendwie in positiver Weise auftretenden Angaben mit gründlichem Mißtrauen zu begegnen. Man darf getrost annehmen, daß die einander so eng befreundeten Staatsmänner ihr mehrtägiges Beisammensein benützt haben, um alle Perspectiven, welche in der europäischen Politik sich dem geübten Blicke öffnen, ins Auge zu fassen und ein gemeinsames Verhalten in allen in Sicht befindlichen und voraussichtlich auftauchenden Fällen festzustellen. Diese Thatsache ist an sich überaus gewichtvoll. Hier darüber hinaus sich intimerer Blicke in die in Barzin stattgehabten Unterredungen rühmt, bethätigt Andere und vielleicht auch sich selbst. Daß der enge Bund zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bei Allem, was in der Vergangenheit geschehen ist oder in naher Zukunft geschehen könnte, der ruhende Pol in der Flucht der politischen Erscheinungen gewesen ist und bleiben wird, ist die beherzigenswerthe Lehre, die sich aus den Begegnungen in Ischl und Barzin ergiebt. Eine zweite ist wohl die, daß bei einem Verhältniß engster Cooperation auf dem ganzen Gebiete der internationalen Politik, wie es zwischen den zwei Centralmächten besteht, zeitweilig wiederkehrende Begegnungen der leitenden Staatsmänner geradezu eine Forderung der politischen Zweckmäßigkeit bilden.

Alles aufzuzählen, was an politischem Unkraut in letzter Zeit in die Höhe geschossen ist, mag nicht eben leicht fallen. Namentlich Italien mußte es sich gefallen lassen, zumal in den verschiedenen englischen Blättern allerlei Unheil seitens des Fürsten Bismarck für seine Haltung auf der Londoner Conferenz und seine angebliche Hinneigung zu England erfahren zu haben. Man ging weit genug, um eine Unterredung zwischen Grafen Hatzfeld und dem hiesigen italienischen Botschafter, Grafen Launay, zu erfinden, in welcher Ersterer Letzterem bemerkt haben soll, daß unter solchen Umständen Italien in der „Tripelallianz" zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland keinen Platz finden könne. Sicherlich würden diese gehässigen Erfindungen weniger Raum und geringere Verbreitung gefunden haben, wenn der italienische Bevollmächtigte in London sich lester zur Seite der übrigen Collegen gehalten hätte. Man kennt hier aber die bona fides Italiens in diesem Falle und weiß sie von der mala fides Derjenigen, die aus einem im Ganzen unschuldigen Zwischenfalle ein politisches Prestichen herauszuschlagen wollten, sehr wohl zu unterscheiden. Es gehört eine starke Phantasie dazu, dem Grafen Hatzfeld sinnlos erfundene Worte, wie die obigen, in den Mund zu legen. An dem Verhältnisse Italiens zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn hat sich, man möge sich das an der Thatsache gesagt sein lassen, absolut Nichts geändert.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" erörtert die überseeische Politik Deutschlands in den folgenden zutreffenden Ausführungen.

Mit den neuesten erfreulichen Nachrichten über das Aufhissen der deutschen Flagge an der Westküste von Afrika tritt die Colonialpolitik und die überseeische Politik Deutschlands überhaupt noch mehr in den Mittelpunct der Wahlbewegung als bisher. Zum ersten Male wieder, nachdem das Nationalgefühl in Deutschland durch die Widerspältigkeiten eines kleinlichen Partei- und Interessenkampfes — ganz zu schweigen von den tiefgreifenden Wirkungen eines erbitterten Kirchenstreites — ganz zurückgedrängt zu sein schien, weht es wieder wie ein frischer Hauch nationaler Begeisterung, nationalen Lebens- und Thatendranges durch unser Volk. Freilich, die subalterne Kritik, welche im letzten Reichstage so höhnisch von der „Schützenfeststimmung" sprach und, ihre Rabbentabellen in der Hand, die „Phantasie" in der Politik der Nationen verspottete, wird darüber lächeln. Das deutsche Volk aber wird sich dadurch nicht irre machen lassen. Es fühlt, daß das, was in Afrika geschieht, die ersten, wenn auch winzigen, so doch bahnbrechenden Schritte einer zukunftreichen deutschen Colonialpolitik sind. Ueber die „Schützenfeststimmung", in welcher die liberalpatriotische Beredtsamkeit des Herrn Bamberger und seiner Freunde einstweilen gebeizt, sind diejenigen Kreise des deutschen Volkes glücklich hinaus, deren patriotische Empfindung sich gestählt hat in der ernsten Schule einer Politik der That. Wo Bismarck'sche Politik zugreift, da gilt es gemeiniglich mehr als ein Schützenfest. Und dieses Bewußtsein ist es eben, was die Nation in so lebhafte Bewegung versetzt in dem Augenblick, in welchem der Reichskanzler, wie auf so vielen anderen Gebieten, so auch auf den neuen der überseeischen Politik die Ziele steckt, die Wege bezeichnet und mit bewundernswerther Sicherheit die Hindernisse hinwegräumt, welche sich dem Beschreiten dieser Wege entgegenstellen. Die deutschfreisinnige Presse steht, wie die klerikale, den Dingen mit Schweigen gegenüber. Der Hohn ist verstummt, und man fühlt wohl, wie gefährlich es wäre, eine oppositionelle Haltung einzunehmen. Die deutschfreisinnige Partei — Herr Bamberger hatte den Muth, diese Wendung nicht mit zu machen — hat es ja auch im Reichstage für gerathen gehalten, ihr principielles Einverständniß mit den vom Reichskanzler entwickelten colonialpolitischen Grundsätzen auszusprechen. Diesem principiellen Zugeständnisse stehe die Verschleppung der Dampfervorlage als That gegenüber, als eine That, deren sich freilich ihre Urheber so wenig rühmen, daß sie es sogar als einen Schimpf empfinden, wenn man dafür ihren Namen in ganz Deutschland bekannt machen will. Und doch erklärte, als der Reichskanzler der freisinnig-clericalen Opposition die Verantwortlichkeit für ihre Handlungsweise zumies, Herr Bamberger sich bereit, die Verantwortung vor der Nation zu übernehmen. Ein stolzes Wort. Wir wollen sehen, wie es eingelöst werden wird. In den Zeitungen ist dieser Tage eine Erinnerung aufgefrischt worden, welche die Bedeutung jener Verantwortung in ein bemerkenswerthes Licht setzt. Im Jahre 1844 ist mit staatlicher Subvention die erste Dampferlinie zwischen Deutschland und Amerika ins Leben gerufen worden. Bremen, Preußen und zahlreiche andere deutsche Staaten bewilligten namhafte jährliche Zuschüsse. Es gelang, wie Duckwitz in seinen Denkwürdigkeiten sich ausdrückt, die Sache als eine nationale anerkannt zu sehen. Die „Deutsche Colonialzeitung" nennt es bezeichnend eine Reminiscenz aus Deutschlands Zerrissenheit. Aber diese Reminiscenz ist in Anbetracht des Verhaltens der deutschfreisinnigen Partei im Reichstage nicht nur nach der nationalen Seite interessant, sondern auch nach der wirthschaftlich-commerciellen. Denn gerade sie wirft die kleinlichen Argumente der Bamberger und Richter vollständig über den Haufen, indem sie beweist, daß eine Berechnung des Nutzens der Subvention aus den Verhältnissen des bestehenden Handelsverkehrs nicht herzuleiten ist. „Diese Gesellschaft", so schrieb seiner Zeit Duckwitz, „hat die Bahn gebrochen für ein späteres Unternehmen, man hatte von der Ocean Steam Navigation Company gelernt, wie man, um bessere Resultate zu gewinnen, verfahren, und auch wie man nicht verfahren müsse: der Zug der Güter und Personen hatte sich auf Bremen gerichtet. Postverhältnisse waren geordnet, Postverträge, auf die Postdampferlinie berechnet, nach allen Richtungen abgeschlossen, so daß durch das Unternehmen, auch wenn es wieder unterging, der Grund gelegt worden ist, auf welchem später weiter gebaut werden konnte." In wenigen Jahren war demnach durch die neue Verbindung ein Verkehr zur Entfaltung gekommen, welcher die Entstehung und Entwickelung der größten deutschen Rhederei-Gesellschaft ermöglichte; wie selbst die Verwaltung des „Norddeutschen Lloyd" in ihrem Prospecte es anerkennt, daß durch jene Linie „der Weg für das neue Unternehmen gebahnt sei". Aber noch mehr. Vor dem Bestehen der directen Verbindung betrug der Export von Industrieerzeugnissen über Bremen nach den Vereinigten Staaten nur 10 Millionen Mark, acht Jahre nach der Errichtung jener Dampferlinie war die Werthsumme der bezeichneten Waarenausfuhr auf 48 Millionen Mark gesteigert und schwankt in den letzten Jahren zwischen 65—70 Millionen Mark. Auch hier fand anfänglich nur eine monatliche Dampferexpedition statt, und trotzdem sind durch dieselbe so bedeutende Resultate erzielt worden, daß bald eine mehrmalige Verbindung ins Auge gefaßt werden konnte. Ein schlagender Beweis für das alte und gewiß auch Herrn Bamberger bekannte Wort, daß der Handel der Flagge folgt. Sehr treffend bemerkt dazu die „Deutsche Colonialzeitung": „Ein eigenthümliches Licht wirft diese Reminiscenz aus Deutschlands politischer Zerrissenheit auf die jüngste Behandlung einer gleichen Frage im Schoße der Volksvertretung des geeinten, mächtigen neuen deutschen Reiches! Damals wurde die Angelegenheit allgemein als eine eminent nationale aufgefaßt, man stellte sich nicht auf kleinliche Berechnungen, man betonte nur die großen Gesichtspuncte, welche in der Errichtung einer directen Dampferverbindung mit der Union die Förderung des deutschen Handels und der deutschen Industrie erwarten ließen; einmüthig erklärten sich die deutschen Regierungen zu finanziellen Opfern bereit, — und heute sollte das deutsche Volk ein geringeres Nationalbewußtsein, ein vollständiges Verkennen der mit seiner Weltstellung ihm gewachsenen Aufgaben bekunden?! Die Antwort auf diese Frage wird das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen zu geben haben. Wir sind nicht in Zweifel, wie sie ausfallen wird.

* * *

* Gegen den serbischen Ex-Metropoliten Michael, der gegenwärtig Bulgarien angeblich blos zu seinem Vergnügen bereist, herrscht unter dem bulgarischen Klerus lebhafter Unwille. Mgr. Michael ließ nämlich in Bulgarien die Messe und ertheilt sogar das Sacrament der Taufe, ohne hierzu die Ermächtigung der bulgarischen Kirchenbehörden einzuholen. Selbst wenn der Ex-Metropolit die Bulgaren als Schismatiker ansieht und es demzufolge nicht für seine Pflicht erachtet, diese Ermächtigung zu verlangen, wäre es, wie die bulgarischen Blätter betonen, jedenfalls ein Gebot der Convenienz, um die Erlaubniß zu den bezeichneten priesterlichen Functionen anzusuchen. Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die griechisch-orthodoxe Kirche die bulgarische seit deren Lostrennung von der ersteren als eine schismatische ansieht. Den bulgarischen Metropoliten ist es daher als Ketzern, wenn sie in Rußland reisen, nicht gestattet, die Messe zu lesen. Dies war auch anläßlich des Aufenthaltes des ersten bulgarischen Exarchen, Antime, in Rußland im Jahre 1879 der Fall.

* Zur Lage in Albanien meldet die „Politische Correspondenz" aus Scutari vom 12. August: „Die türkisch-montenegrinischen Grenz-Regulirungs-Arbeiten sind noch immer nicht beendet, obgleich in letzter Zeit wiederholt versichert wurde, daß zur Beendigung des Regulirungswerkes nur mehr gewisse Formalitäten zu erfüllen seien. In hiesigen türkischen Kreisen wird geradezu behauptet, daß die Regulirungs-Arbeiten in Wirklichkeit noch gar nicht ernstlich in Angriff genommen seien und daß die Bulletins über den Fortschritt dieser Arbeiten blos darauf berechnet waren, den unüberwundenen Widerstand der albanesischen Bergbewohner der öffentlichen Meinung in Europa gegenüber zu maskiren. Montenegrinischer-